

Militärpolitische Offensive der Rechten : Antworten der SPS?

Autor(en): **Rüegg, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339543>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

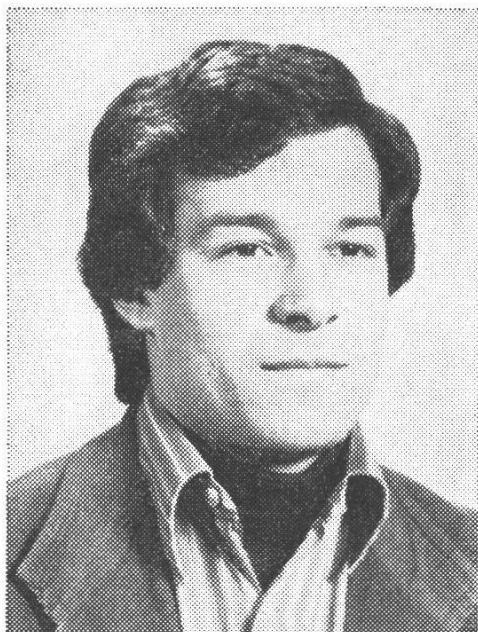
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Militärpolitische Offensive der Rechten – Antworten der SPS?



In jüngster Zeit wird die bürgerliche Sparpolitik merkwürdig kontrastiert: Von seiten namhafter Repräsentanten des konservativen und des militärischen Lagers werden dramatische Erhöhungen der Militärausgaben des Bundes gefordert. In der überwiegend bürgerlich-konservativen Presse wird dieses Anliegen weitergetragen und von den bürgerlichen Mehrheiten von Bundesrat und Parlament wohlwollend entgegengenommen. Die konkreten Folgen: Ein Rekordrüstungsprogramm 1979 und die Aussicht auf weitere milliardenschwere Rüstungsbeschaffungen (Luftwaffensystem «Rapier», «Tiger»-Kampfflugzeuge der zweiten Tranche).

Die laufende Kampagne zur Propagierung höherer Militärausgaben wurde anfangs des vergangenen Jahres durch den Präsidenten der Zürcher Offiziersgesellschaft eröffnet. Oberstleutnant Peter Keller vertrat vor der Generalversammlung der OG folgende Meinung: «Die Bedrohung unseres Landes ist seit dem Zweiten Weltkrieg nie grösser gewesen als heute.» Keller führte weiter aus, dass «eine Sonderanstrengung in finanzieller Hinsicht im Gesamtbetrag von ungefähr einer Milliarde Franken» zusätzlich zu den ordentlichen Militärausgaben «volkswirtschaftlich verkraftbar» sei.

Im März 1978 sprach die Schweizerische Volkspartei in einer Erklärung davon, dass der «permanenten Erosion am Verteidigungsbudget ein Ende gesetzt werden sollte». Und im Juni publizierte die Schweizerische Offiziersgesellschaft ein Papier «Die Entwicklung unserer Militärausgaben». Darin ist davon die Rede, dass «die Glaubwürdigkeit unserer Wehranstrengungen . . . ernsthaft in Frage gestellt» sei. Die SOG verlangt eine massive Anhebung der Rüstungsaufwendungen. Die Argumentationsfolge ist immer die gleiche: Zunächst wird die aussenpolitische Lage als alarmierend und gefährlich dargestellt. Es folgen die Hinweise auf den desolaten Zustand der Armee und deren Bewaffnung. Nachdem ein enormes Nachholbedürfnis «belegt» ist wird eine phantastische Palette von Rüstungsforderungen präsentiert. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Kampagne der Rüstungslobby und der ihr nahestehenden politischen Kreise war die «Wehrschau» vom 16./17. März 1979 in Zürich, deren erklärter

Zweck es war, die Stimmbürger und Steuerzahler für Rüstungsbelange günstig zu stimmen; Divisionär Seethaler sprach es offen aus.

Manöver auf politischer Ebene

Dieser Propagandafeldzug hat sich auch auf der parlamentarischen Ebene niedergeschlagen. Die vom Freisinnigen Rudolf Friedrich geführte Mehrheit der nationalrätlichen Militärkommission verlangt in einem Postulat eine vorfristige Realisierung der im Armeeleitbild 1980 vorgesehenen Rüstungsbeschaffungen. Die Sozialdemokraten opponierten, unterlagen aber, da sie bekanntlich gegenüber dem Bürgerblock in der Minderheit sind.

Ein prominenter Mitarbeiter des PR-Büros Farner machte unlängst deutlich, wie dies alles zu verstehen ist: Der Offensive der Sozialdemokraten auf finanzpolitischem Gebiet (Ablehnung des Finanzpaketes II, Vorschläge für Bankenbesteuerungen, Bankeninitiative usw.) müsse das Bürgertum eine Offensive auf militärpolitischer Ebene entgegenstellen. Und genau diese Kampagne läuft nun auf vollen Touren. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Auseinandersetzungen nach der Verwerfung des bürgerlichen Finanzpakets am 20. Mai noch verschärfen wird.

Das Pendant zu verstärkten Aufrüstungsaktivitäten ist der Sozialabbau. Die Bundesfinanzen sind knapp, die Budgets defizitär. Wenn das eine Kuchenstück grösser ausfallen soll, müssen andere Bissen kleiner werden. Und die bürgerliche Mehrheit hat mit den Kürzungsübungen bei den Subventionen für AHV und Krankenkassen deutlich gemacht, woher auch zukünftig die zusätzlichen Rüstungsmillionen kommen werden.

Antwort von SP-Seite notwendig

Im vergangenen Jahr unternahm die SP-Fraktion in den eidgenössischen Räten einen Versuch, den Bereich des Militärs in die Spardiskussionen miteinzubeziehen. Sie reichte ein Postulat ein, in dem ein Bericht über Einsparmöglichkeiten im EMD gefordert wurde. Schon wenige Tage nach der Überweisung dieses Vorstosses lag der Bericht des Bundesrates beziehungsweise des federführenden Militärdepartementes vor (wie schnell es manchmal geht in Bern . . .). Der «Bericht über die Militärausgaben» legt natürlich dar, dass punkto Sparen im EMD nichts drinliegt.

Die Lawine der Rüstungsforderungen in jüngster Zeit hat auch zu Diskussionen innerhalb der SP Schweiz geführt. «Freisinnige Doppelstrategie» hat Parteipräsident Helmut Hubacher die rechtsbürgerliche Politik von Aufrüstung und Sozialabbau genannt. Ein Antrag, der ein Nein zu weiteren «Tiger»-Kampfflugzeugen und die Forderung nach dem Finanzreferendum für Rüstungskredite beinhaltete, wurde vom Vorstand des SP Schweiz knapp abgelehnt. Dieser Antrag ist nun im Hinblick auf den Parteitag vom 23./24. Juni 1979 in Bern von der Sektion Winterthur-Altstadt

und 11 weiteren Sektionen aufgenommen und als Vorschlag für die «Wahlthesen» eingebracht worden.

Gerade weil wir eine aktive Aussenpolitik im Dienst der Friedenssicherung befürworten, sind wir gegenüber den in letzter Zeit von militärischer und konservativer Seite geforderten Rüstungsbeschaffungen sehr kritisch. Wir Sozialdemokraten lehnen insbesondere den Kauf von weiteren «Tiger»-Kampfflugzeugen ab. Massive Aufrüstung macht unser Land nicht sicherer, sondern führt in die Isolation und verschärft die Finanzprobleme des Bundes. Anzustreben ist das Finanzreferendum für Rüstungskredite.

Der Entscheid über die Stellungnahme der SP Schweiz zu den vom EMD geforderten weiteren «Tiger» wird also dem Parteitag – neben der Urabstimmung das höchste Organ der Partei – zustehen.

Referendumsmöglichkeit für Rüstungskredite?

Aus der Überlegung heraus, dass der Offensive der Rechten eine politische Antwort erteilt werden muss, hat der Schweizerische Friedensrat den Vorschlag einer Volksinitiative betreffend Referendum für Rüstungskredite in die Diskussion gebracht. Damit würde ein der Referendumsdemokratie entzogener Bereich der Bundespolitik der Mitsprache der Stimmbürgerschaft zugänglich gemacht. Man bedenke: Jede Revision der AHV untersteht dem fakultativen Referendum – wer erinnert sich nicht an den Angriff der Rechten auf die letzte Reform dieses wichtigsten Sozialwerkes in unserem Land. Selbst Entwicklungshilfevorlagen – wie die IDA-Vorlage – unterstehen dem (fakultativen) Mitspracherecht des Volkes. Und das ist auch richtig so. Aber zu den Milliarden des EMD besteht keinerlei Möglichkeit zur Mitbestimmung der Stimmbürgerschaft. Ein Umstand, der die Rüstungslobby und ihre Wasserträger in Bundesrat, Verwaltung und Parlament begünstigt.

Selbstkritisch müssen wir Sozialdemokraten eingestehen, dass wir zwar über ein wohlklingendes sicherheitspolitisches Konzept verfügen, in der Tagespolitik aber kaum über eine stillschweigende Duldung der bürgerlichen Militär- und Rüstungspolitik hinausgekommen sind. Verschärft wird diese Situation durch die Inaktivität der sicherheitspolitischen Kommission der Partei, welche lieber mit Repräsentanten des Militärdepartementes zusammensitzt als sozialdemokratischen Alternativen zur EMD-Politik diskutiert.

Ein klares Nein des bevorstehenden Parteitages der SP Schweiz zur zweiten Tranche der «Tiger»-Kampfflugzeuge könnte das Signal zur Erarbeitung von sozialdemokratischen Antworten auf die vom Bürgertum präsentierten Forderungen bedeuten.